

Weniger wird mehr

Der Steuerwettbewerb ist eine Tatsache des schweizerischen Föderalismus, die man schätzen kann oder nicht – ausweichen kann ihm aber kein Kanton. Frühere «Armenhäuser» in der Innerschweiz wurden reich, weil sie die Steuern senkten. Der Kanton Baselland will kein Steuerparadies für Reiche werden, aber er sollte auch nicht das Gegenteil betreiben. Momentan zählen die Baselbieter Vermögenssteuern in der Region und landesweit zu den höchsten. Dies treibt Vermögende in die Nachbarkantone. Gleichzeitig ist die Steuerbelastung kleiner und mittlerer Familieneinkommen unterdurchschnittlich. Baselland ist so steuerlich einer der sozialsten Kantone. Daran ändert sich nichts!

Doch um die wachsenden Aufgaben im Sozial- und Infrastrukturbereich finanzieren können, braucht der Kanton auch vermögende Steuerzahlende und sollte für diese etwas weniger unattraktiv werden. Mit der Reform läge die Steuerbelastung für Wohlhabende noch immer etwas über dem schweizerischen Durchschnitt, für gering und mittelmässig verdienende Familien wie bisher klar darunter. Dies ist eine sozial ausgewogene und vernünftige Steuerpolitik. Extrempositionen sind dagegen unvernünftig.

Bei einer Ablehnung der Reform hätte Baselland die höchsten Vermögenssteuersätze der Nordwestschweiz, doppelt bzw. dreimal so hoch wie Aargau und Solothurn, und landesweit nach Genf und Waadt die dritthöchsten. Auch nach Annahme der Reform werden Vermögenssteuern um rund die Hälfte höher sein als im Fricktal und Schwarzbubenland, aber der Unterschied wird nicht mehr so gross sein, dass viele deswegen längere Arbeitswege und andere Nachteile in Kauf nehmen. Die Freisinnigen sagen deshalb aus Überzeugung JA zur Steuervorlage von Regierung und Landrat, die unserem Kanton ein sozial ausgewogenes und nachhaltiges Steuersystem bringt.

Für den FDP-Pressedienst

Didier Pfirter, Einwohnerrat